

Präventivkrieg?

Der Überfall auf die Sowjetunion in der Geschichtspolitik der Neuen Rechten

Geschichtsrevisionismus in Form der Relativierung, Leugnung bis hin zur Legitimierung der Verbrechen des historischen Faschismus gehört zum Wesenskern einer neonazistischen extremen Rechten in Deutschland und weltweit. In Deutschland war dieser Teil der extremen Rechten seit 1945 darum bemüht, den immer besser dokumentierten Verbrechen des NS-Regimes eine eigene „Wahrheit“ gegenüberzustellen, die systematisch mit Auslassungen, Verfälschungen und auch Lügen versucht, ein geschöntes Bild der NS-Realität in Deutschland und auf den Schauplätzen deutscher Kriegs- und Vernichtungspolitik zu erzeugen.

Zunächst vor allem vorangetrieben von immer noch überzeugten Nazis, die ihre politischen Ansichten auch nach 1945 verbreiteten und in ihren Memoiren von „Verlorenen Siegen“, „Verrat an der Ostfront“ und Ähnlichem schwadronierten, entwickelte sich eine eigene Ausrichtung der Historiografie, die scheinbar mit den Mitteln des Faches, tatsächlich aber unter Missachtung zentraler wissenschaftlicher Standards ein ganzes Bezugsgeflecht des systematischen Revisionismus der geschichtswissenschaftlichen Erforschung des Nationalsozialismus etablierte, auf die sich Teile der extremen Rechten bis heute stützen.

Im Zentrum des Geschichtsrevisionismus standen dabei naturgemäß die schwersten Verbrechen, die dem NS-Regime zur Last gelegt wurden: die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. Holocaustleugnung und „Kriegsschuldflüge“ waren dementsprechend Hauptfelder des Revisionismus der extremen Rechten. Eine besondere Rolle nahm bei Letzterem der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ein, handelte es sich doch hier um den Krieg gegen einen Gegner, der auch nach 1945 und bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus das zentrale Feindbild im westlichen deutschen Teilstaat darstellte. Insofern schien die Umdeutung und Legitimierung des Überfalls von 1941 ein Punkt zu sein, mit dem eine gewisse Anschlussfähigkeit an vorhandene ideologische Dispositionen im Massenbewusstsein, aber auch bei medialen und politischen Eliten erzeugt werden konnte.

Generell ist der Einfluss des Geschichtsrevisionismus der extremen Rechten auf die Bewertung der NS-Vergangenheit in Deutschland gering und hat seit 1945 – mit

einigen markanten Unterbrechungen – kontinuierlich abgenommen. Grund dafür sind die von Historikern und Historikerinnen immer detaillierter und mit Quellen belegten Erkenntnisse über die Verbrechen der Nazis, verbunden mit den Gerichtsverfahren, in denen die NS-Morde und -Misshandlungen gerichtsfest bewiesen worden sind. Heute spielt diese Form des Geschichtsrevisionismus nur noch eine marginale Rolle und ist auf das enge Feld der neofaschistischen Rechten beschränkt. Andere Teile der extremen Rechten haben daraus Lehren gezogen und versuchen mit anderen Mitteln, die Bedeutung der NS-Vergangenheit für die aktuellen gesellschaftlichen Debatten zu minimieren. Das ist jedoch eine jüngere Entwicklung, denn noch Mitte der 1980er-Jahre und erneut nach der deutsch-deutschen Vereinigung 1990 und bis zum Beginn der 2000er-Jahre gab es Versuche, den traditionellen Geschichtsrevisionismus der extremen Rechten anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu machen. Die „Präventivkriegsthese“, die den Nazi-Überfall auf die Sowjetunion als einen Präventivschlag des NS-Regimes vor einem angeblich geplanten Angriff der Sowjetunion auf Deutschland darstellt, spielte bei diesen Bemühungen eine wichtige Rolle.

Dieser Beitrag beschreibt die „Präventivkriegsthese“ als einen Baustein konservativer und neurechter Geschichtspolitik in ihren Hochphasen. Anhand einiger Protagonisten der These sollen die Argumentationsweise und die wissenschaftliche Fragwürdigkeit verdeutlicht werden, bevor eine Analyse des heutigen Umgangs unterschiedlicher Fraktionen der extremen Rechten mit diesem Teil deutscher Geschichte erfolgt.

Vom Historikerstreit zur selbstbewussten Nation:

Die Präventivkriegsthese als Baustein einer neurechten Geschichtspolitik

Sieht man von der Frühphase der Bundesrepublik ab, dann lassen sich zwei Zeitpunkte ausmachen, an denen Thesen eines extrem rechten Geschichtsrevisionismus temporär anschlussfähig im konservativen Mainstream waren: Mitte der 1980er-Jahre, verbunden mit einer auf Renationalisierung setzenden „geistig-moralischen Wende“, die ihren geschichtspolitischen Ausdruck im sogenannten Historikerstreit fand, und dann noch einmal zu Beginn der 1990er-Jahre, als nach der deutsch-deutschen Vereinigung die Debatte um die neue Rolle des größeren Deutschland auch geschichtspolitische Komponenten enthielt.¹ In beiden Phasen war die Präventivkriegsthese ein Strang des rechten Revisionismus.

1 Gerd Wiegel, *Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie. Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte*, Köln 2001.

Im Rahmen der Historikerdebatte, jedoch nicht in ihrem unmittelbaren Diskussionszusammenhang, wurde eine Frage wiederbelebt, die allgemein als beantwortet galt, die sich jedoch nicht zufällig trefflich in den Versuch einer generellen Revision des Geschichtsbildes vom deutschen Faschismus einpasste. Ausgelöst durch einen Artikel von Günther Gillessen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ),² fand die wieder aufgenommenen Diskussion um die Frage, ob der deutsche Überfall auf die Sowjetunion als eine Art Präventivkrieg aufgefasst werden könne, vor allem in den Leserbriefspalten des Blattes statt. Formaler Auslöser der Diskussion war die Darstellung Viktor Suworows, eines Überläufers und ehemaligen Mitglieds des sowjetischen Generalstabs, in einer britischen Militärzeitschrift. Doch wurde in der Debatte im Wesentlichen auf Argumente zurückgegriffen, die bereits 1983, anlässlich der Veröffentlichung des vierten Bandes der vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) herausgegebenen Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, von einigen Mitarbeitern an diesem Werk vorgebracht worden waren.

Insbondere der von Joachim Hoffmann zu verantwortende Teil innerhalb der Veröffentlichung des vierten Bandes, der sich mit dem Krieg gegen die Sowjetunion befasst, legt die These von einem Präventivschlag der deutschen Wehrmacht nahe, denn Hitler sei mit dem deutschen Überfall der Sowjetunion nur zugekommen, weshalb die Deutung des deutschen Angriffs als Präventivschlag zulässig sei.³

Hoffmann bestätigte und Gillessen verbreitete die Propagandabehauptung der deutschen Nationalsozialisten, die nach außen eben genau die von Hoffmann unterstützten Gründe für den Angriff zur Geltung brachten, obwohl bekannt ist, dass intern keinerlei Befürchtungen vor einem sowjetischen Angriff bestanden hatten. Die Kriegsschuldfrage wurde mit dieser Sicht der Dinge neu gestellt – und die deutsche Seite von der alleinigen Verantwortung entlastet. In bewährter totalitarismustheoretischer Manier unterstellten Hoffmann und seine Anhänger beiden Systemen gleichermaßen aggressive Planungen, mit der Folge, dass die Verantwortung für den Krieg letztendlich beiden Seiten gleichermaßen zugeschrieben wurde. Die politische Nutzenanwendung einer solchen Perspektive verdeutlichte Gillessen, wenn er implizit eine weniger zurückhaltende Politik der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion forderte. Eine veränderte Bewertung der Kriegsschuldfrage könnte auch ein aggressiveres Auftreten gegenüber dem „Feind“ im Osten ermöglichen, dem damit die moralische Überlegenheit als Opfer der deutschen Faschisten genommen würde.

2 Günther Gillessen, Der Krieg der Diktatoren, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 20. 8. 1986.

3 Joachim Hoffmann, Die Sowjetunion bis zum Vorabend des deutschen Angriffs, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg i. Br., Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983.

Vom Präventivkrieg zum sowjetischen Vernichtungskrieg

Bildete die sogenannte Präventivkriegsdebatte während des Historikerstreits nur einen Nebenschauplatz, so entwickelte dieser Strang des Revisionismus eine Eigendynamik, die im Zuge der Debatte um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ noch einmal Fahrt aufnahm. Die Protagonisten der Debatte waren dieselben wie zehn Jahre zuvor, ihre neueren Darstellungen gingen jedoch an einigen Punkten über die damaligen Thesen hinaus. Das neue nationale Selbstbewusstsein, mit dem man dem Vorwurf des Überfalls vom 22. Juni 1941 begegnete, zeigte sich nicht nur darin, dass Günther Gillessen diesen Geschichtsrevisionismus wie schon 1986 in der *FAZ* unterstützte, sondern auch darin, dass bisher in diesem Bereich nicht aufgefallene Historiker wie Werner Maser, der im Zuge der Wiedervereinigung 1989/90 die Leitung des historischen Seminars der Universität Halle übernahm, sich zu glühenden Vertretern der Präventivkriegsthese entwickelten.

Das verstärkte Auftreten von Schriften, die eben diese These zu verbreiten suchten, veranlasste im Winter 1996 den *Spiegel* dazu, der Entwicklung einen längeren Beitrag zu widmen.⁴ Kritisch und distanzierend befasste sich der Autor des Artikels mit den neuen Arbeiten von Joachim Hoffmann, Viktor Suworow und Walter Post.⁵ Weit aus weniger kritisch sahen die Rezensionen von Gillessen über die Werke von Post und Hoffmann in der *FAZ* aus.⁶ So habe Hoffmanns Arbeit dazu beigetragen, die Anzeichen für einen geplanten sowjetischen Angriff zu verdichten. Dass dies dennoch beim überwiegenden Teil der deutschen Forschung zur Zeitgeschichte zu keiner Umwertung gesicherter Erkenntnisse führte, konnte Gillessen nur als Ausdruck politisch bedingter Selbstbeschränkung wahrnehmen: „Die Scheu deutscher Zeithistoriker, den Zweiten Weltkrieg als einen von zwei Diktatoren gemeinsam entfesselten Krieg darzustellen und sich auf die janusgesichtige Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Krieges einzulassen, hängt deutlich mit politischen Rücksichten zusammen und läuft auf ein selbstgewähltes Erkenntnisverbot der Forschung hinaus.“⁷ Besonders faszinierend fand Gillessen, dass Hoffmann endlich auch das Diktum des Vernichtungskrieges beiden Seiten zugeordnet und die noch vorhandene Asymmetrie beseitigt habe.

4 Der Spiegel, Nr. 6, 5. 2. 1996.

5 Joachim Hoffmann, *Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945*, München 1995; Viktor Suworow, *Der Tag M*, Stuttgart 1995; Walter Post, *Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41*, Hamburg 1995.

6 Zu Hoffmann vgl. *FAZ*, 10. 10. 1995; zu Post *FAZ*, 26. 3. 1996.

7 *FAZ*, 10. 10. 1995. Insofern wäre Gillessen hoch erfreut über die „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“ gewesen (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021_DE.html), in der die Schuld am Zweiten Weltkrieg gleichermaßen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion zugeschoben wird. – Alle Weblinks in diesem Beitrag wurden zuletzt am 20. 4. 2021 abgerufen und geprüft.

Für die hier vorgestellten Revisionisten stand außer Frage, dass die Verantwortung für den Krieg mit der Sowjetunion nicht primär im Faschismus, sondern in der aggressiven Politik Stalins zu suchen sei. So wusste Werner Maser zu berichten: „Daß Stalin nicht nur einmal einen Krieg gegen Hitler führen wollte, ist zweifelsfrei belegbar.“⁸ Die eigenen Belege orientierten sich dann jedoch ausschließlich an den bekannten Schriften von Hoffmann, Suworow und Topitsch, wohingegen weder die deutsche noch die internationale Militärgeschichtsforschung auch nur annähernd zur Kenntnis genommen wurde. Hitlers außenpolitische Vorstellungen, wie in „Mein Kampf“ dargelegt, wurden genauso wenig ernst genommen wie die noch viel detaillierteren Pläne der deutschen Industrie zur Eroberung und Ausbeutung des Ostens, die in modifizierter Form schon seit dem Ersten Weltkrieg bestanden.

Aus der Entscheidung der Revisionisten, den Überfall auf die Sowjetunion als rein militärstrategischen Entschluss ohne jeden ideologischen oder ökonomischen Hintergrund zu betrachten, ergibt sich eine weitere Konsequenz für die Interpretation dieses Krieges, die in ihrer offensiven Betonung neu ist. Kam der Vernichtungscharakter der deutschen Kriegführung bisher einfach nicht vor, so wurde er nun in seiner Dimension gelegnet bzw. wurden einzelne Maßnahmen gerechtfertigt. Darüber hinaus fand jetzt eine Umkehrung der Verantwortlichkeiten statt. Der Vernichtungscharakter des Krieges wurde auf die Sowjetunion projiziert; deutsche Taten galten demgegenüber als verständliche Reaktionen.

Ganz im Sinne der Nazi-Propaganda wurden der Kommissarbefehl und die nicht gänzlich gelegnete Härte der deutschen Kriegführung gerechtfertigt. Der unerbittliche Charakter dieser Kriegführung ließ sich für Post nicht auf „ideologische Wahnvorstellungen“ Hitlers zurückführen, sondern wurzele vielmehr in der Brutalität der Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg. Diese Brutalität sei, so Post, zugleich die zentrale Erfahrung der deutschen Freikorpskämpfer von 1919 gewesen.⁹

Auch bezüglich der sowjetischen Kriegsgefangenen bedienten sich Hoffmann und Post der schon bekannten Zahlentricks. Post verwies zunächst auf die Brutalität der Roten Armee im Umgang mit deutschen Kriegsgefangenen und berief sich dabei auf den in Kreisen der Neuen Rechten beliebten Alfred-Maurice de Zayas.¹⁰ Sodann konstatierte er, die Darstellung des deutschen Umgangs mit den sowjetischen Kriegsgefangenen sei „einseitig und falsch“. Nicht die wissenschaftlich gut abgesicherte Zahl von

8 Werner Maser, *Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg*, München 1994.

9 Walter Post, *Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41*, Hamburg 1995, S. 232. Als Beleg für die bolschewistische Kriegführung werden faschistische Darstellungen der Freikorpskämpfe angeführt.

10 Alfred-Maurice de Zayas ist Mitglied des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius Erasmus Stiftung. Vgl. Georg Gläser/Gudrun Hentges, *Politische Bildung von rechts. Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung und ihr Umfeld*, in: *BdWi-Studienheft 12, Wissenschaft von rechts II. Rechter Kulturkampf in Hochschule und Bildung*, Marburg 2020, S. 38–42.

3,3 Millionen sei zutreffend, sondern 1,68 Millionen sowjetische Kriegsgefangene seien „verstorben“. Dies sei auf objektive Umstände, nicht auf Absicht zurückzuführen.¹¹ Auch Hoffmann tischt das alte Märchen von den technischen Problemen auf, die die Ernährung der großen Gefangenzahl unmöglich gemacht hätten.¹²

Verdrehung, Relativierung und Umkehrung historischer Tatbestände kennzeichnen die Methoden von Post, Hoffmann und anderen. Da jedoch die Belege für die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus zu deutlich und bekannt waren, mussten sie sich der Leugnung von Dokumenten bedienen, um ihre Argumentation wenigstens mit dem Anschein von Glaubwürdigkeit zu versehen. So bestritt Post schlichtweg die deutsche Absicht, Millionen Menschen in der besetzten Sowjetunion verhungern zu lassen, eine Politik, die der 900-tägigen Blockade Leningrads zugrunde lag. Für Hoffmann gehören Maßnahmen wie die Belagerung Leningrads zu den „gebräuchlichen und unbestrittenen Methoden der Kriegsführung“, die „völlig im Einklang mit dem gültigen Kriegsvölkerrecht standen“.¹³

Worum es den hier vorgestellten Autoren ging, war nicht nur eine Exkulpation der Wehrmacht, deren Taten erst im Rahmen der Wehrmachtsausstellung einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. Ziel war vielmehr die generelle Rechtfertigung der NS-Politik, mindestens in Bezug auf die Sowjetunion.

Geschichtsrevisionismus und Präventivkriegsthese in der AfD und ihrem Umfeld

Ein prominentes Beispiel für den Geschichtsrevisionismus der jüngeren Zeit ist ein Beitrag aus der Feder von „Landolf Ladig“, veröffentlicht in der rechtsextremen und neonazistischen Zeitschrift *Volk in Bewegung & Der Reichsbote*. Herausgeber der Zeitschrift ist Thorsten Heise, ein „mehrfach vorbestrafte[r] Neonazi und NPD-Kader“¹⁴ und seinerzeit Chef der seit 1995 verbotenen neonazistischen FAP in Niedersachsen.¹⁵ Das Blatt erscheint seit 2008 im neonazistischen Nordlandverlag. Unter der Überschrift „Krisen, Chancen und Auftrag“ dreht „Landolf Ladig“ die Schuldfrage einfach um. Nicht das NS-Regime habe die europäischen Staaten und die Sowjetunion überfallen, sondern die UdSSR und andere „Machtzentren“ hätten einen „ideologischen Präventivkrieg“ gegen das Deutsche Reich angestrebt und geführt. Demnach sei der Krieg als ein Kampf gegen die erste Antiglobalisierungsbewegung aufzufassen, die sich mit dem NS-Regime etabliert habe. „Ladig“ unternimmt damit den Versuch, heute positiv besetzte Aspekte wie

11 Vgl. ebenda, S. 234.

12 Vgl. Hoffmann, *Stalins Vernichtungskrieg*, S. 89 f.

13 Ebenda, S. 173.

14 Andreas Kemper, Landolf Ladig: NS-Verherrlicher, 9. 1. 2016, <https://andreaskemper.org/2016/01/09/landolf-ladig-ns-verherrlicher/>.

15 Vgl. ebenda.

die Kritik an der Globalisierung in den Vordergrund zu rücken und damit Elemente der NS-Diktatur als fortschrittlich zu markieren.

Bei „Landolf Ladig“ handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit, so die Recherchen von Andreas Kemper, um Björn Höcke. Nachdem Höcke der AfD beigetreten war und sich einen Namen als AfD-Funktionär gemacht hatte, tauchten keine weiteren Artikel von „Landolf Ladig“ mehr auf.¹⁶ Wie Kemper nachweisen konnte, enthalten die Texte von „Ladig“ Passagen eines Leserbriefes von Höcke, und umgekehrt nutzte Höcke in seinen Reden Bausteine und außergewöhnliche Begriffe aus Artikeln von „Ladig“. Für die gut belegbare Annahme, dass diese Texte vom selben Verfasser stammen, spricht auch ein unverwechselbarer Schreibstil, der sich bei Höcke und „Ladig“ in nahezu identischer Form findet.

Im Gegensatz zu Parteien und Organisationen, die sich direkt oder indirekt zum Nationalsozialismus bekannten bzw. bekennen (NPD, DVU, FAP, Die Rechte, Der Dritte Weg), verstand sich die AfD nach ihrer Gründung 2013 als Partei der Neuen Rechten. Sie war zunächst darum bemüht, sich als eurokritische Professorenpartei einen bürgerlichen Anstrich zu verleihen, und unternahm alles, um nicht mit dem Geschichtsrevisionismus der alten Rechten in Verbindung gebracht zu werden.

In den Jahren nach ihrer Gründung befasste sich die AfD auch mit der Gedenkpoltik der Bundesrepublik. Das „Programm für Deutschland“ des Jahres 2016 enthielt den für diesen Kontext bemerkenswerten Satz: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“¹⁷

Jenseits des Parteiprogramms finden sich in den Reden der AfD-Funktionäre zahlreiche Anspielungen, die deutlich werden lassen, dass die Verbrechen des NS-Regimes und der Wehrmacht relativiert werden.¹⁸ Für Björn Höcke, als Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag immerhin einer der Meinungsführer der Partei, ist das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ein „Denkmal der Schande“.¹⁹ Die Denunziation des Mahnmals geht damit einher, dass Höcke die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas gegen die deutschen Opfer ausspielt: „Und bis heute sind wir nicht in der

16 Kemper, Landolf Ladig: NS-Verherrlicher. Die Einschätzung, dass es sich bei Ladig um das Pseudonym von Björn Höcke handelt, teilt auch das Bundesamt für Verfassungsschutz: Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihren Teilorganisationen; https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2019-01-15_BfV-AfD-Gutachten_C-I-1.3.4.

17 AfD, Programm für Deutschland (Langfassung), 30. 4. 2016, S. 48.

18 Vgl. Christoph Butterwege/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD (unter Mitarbeit von Georg Gläser), Frankfurt a. M. 2018.

19 Siehe: Die Höcke-Rede von Dresden in Wortlaut-Auszügen, in: Süddeutsche Zeitung, 18. 1. 2017.

Lage, unsere eigenen Opfer zu betrauern.²⁰ Aus dieser – falschen – Behauptung zieht er den Schluss, dass die „deutsche Geschichte mies und lächerlich gemacht“ werde.²¹ Auch wenn er in dieser Rede – wie auch in folgenden – tief in das Arsenal geschichtsrevisio-nistischer Positionen greift, vermeidet er es jedoch, anders als noch unter dem Pseudonym „Ladig“, die Behauptung eines Präventivschlags zu erneuern.

Ganz ähnlich forderte Höckes Parteifreund Alexander Gauland bei seiner Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen der AfD in Thüringen am 2. September 2017 einen Schlussstrich unter die öffentliche Erinnerung an die Zeit der NS-Herrschaft. Auch die Taten der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg müssten neu bewertet werden. Die 12 Jahre dürften „uns“ nicht mehr vorgehalten werden, denn sie beträfen „unsere Identität heute nicht mehr“. Deshalb hätten wir das Recht, „uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen“. Die Deutschen sollten „stolz sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.²² 2018 gelang es Gauland dann, seinen Schlussstrich-Appell mit der berüchtigten Metapher vom „Vogelschiss“ noch zu überbieten.²³

Auch wenn Gauland in seiner Funktion als AfD-Fraktionsvorsitzender Themen wiederaufleben lässt, die in den 1980er- und 1990er-Jahren im politischen Spektrum des Nationalkonservatismus und der alten Rechten en vogue waren und dort breit debattiert wurden, geht er mit der These eines deutschen Präventivschlags gegen die Sowjetunion zurückhaltend um.

Andere Mitglieder und Sympathisanten der AfD und ihres Umfelds (Desiderius Erasmus Stiftung, Institut für Staatspolitik, Sezession, Compact) üben sich in dieser Frage weniger in Zurückhaltung. Im Gegenteil: Der Historiker und Publizist Stefan Scheil, „vielen bekannt als Vertreter der Präventivkriegsthese und anderen national-apologetisch zugespitzten Auffassungen, und seit neuestem wohl so etwas wie der Vorzeigehistoriker der AfD“,²⁴ fungiert als Stichwortgeber des Geschichtsrevisionismus der Partei. Auf Vorschlag der AfD saß Scheil bis Januar 2020 im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, wo er seine reaktionären Ansichten ebenfalls zu verbreiten suchte. Scheil hofft nicht nur auf „Beifall am Stammtisch“, sondern auch auf Zustimmung an der Urne: Bei den Bundestagswahlen 2017 kandidierte das Mitglied des Landesvorstands der AfD Rheinland-Pfalz als Direktkandidat in Kaiserslautern/Kusel und erlangte 12,6 Prozent der Erststimmen. Den Einzug

20 Ebenda.

21 Ebenda.

22 Gauland fordert „Stolz“ auf deutsche Soldaten, in: FAZ, 14. 9. 2017.

23 Gauland: Hitler nur „Vogelschiss“ in deutscher Geschichte, in: FAZ, 2. 6. 2018.

24 Andreas Wirsching, Von der Lügenpresse zur Lügenwissenschaft? Zur Relevanz der Zeitgeschichte als Wissenschaft heute (1. 4. 2018), in: Zeitgeschichte Online, <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/von-der-luegenpresse-zur-luegenwissenschaft>.

in den Deutschen Bundestag über die Landesliste Rheinland-Pfalz (Platz 5) verfehlte er jedoch.²⁵

Scheil konstruiert in seinen Schriften eine aggressive Kriegspolitik Polens, behauptet ein massenhaftes „Leid der ‚Volksdeutschen‘“ und nimmt eine Umdeutung des deutschen Überfalls auf die UdSSR 1941 vor, um seine These von einem gerechtfertigten Präventivkrieg zu stützen. Sein eigentliches Metier sei, so Wolfgang Benz, die „Spekulation im Gewande von Geschichtsphilosophie“: „Mit steilen Thesen, die mühsam aus Quellen erarbeitete und belegte Erkenntnisse der zünftigen Geschichtswissenschaft rechts überholen, lassen sich Sehnsüchte eines national gesinnten Publikums befriedigen und Beifall am Stammtisch gewinnen.“²⁶

Wie aus der Pressemitteilung der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz hervorgeht, tätigte Scheil „verstärkt umstrittene Aussagen zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs“.²⁷ Seine Aktivitäten, vor allem auch in den Sozialen Medien, veranlassten Staatsminister Konrad Wolf zu der Einschätzung, dass die in den „öffentlichen Äußerungen [...] zum Ausdruck gebrachte Haltung“ Scheils mit der Zielsetzung der Landeszentrale für politische Bildung nicht zu vereinbaren sei, vielmehr deren Arbeit konterkarriere. Auf Grundlage eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes fasste Wolf im Januar 2020 den Entschluss, Scheil aus dem Kuratorium abzuuberufen.²⁸

Stefan Scheil ist nicht der einzige Historiker im Umfeld der AfD, der geschichtsrevisionistische Positionen vertritt. Ein Hamburger AfD-Funktionär lud den Historiker Walter Post, der die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg bestreitet und eifrig die Legende vom Präventivkrieg verbreitet, zu einem Vortrag ein.²⁹ Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof, Verfasser des Buches „Der Krieg, der viele Väter hat“, bekannte sich 2017 öffentlich dazu, die AfD zu wählen, und referierte im Juli 2018 auf Einladung des AfD-Landesverbands Thüringen.³⁰ Auf der Homepage von Michael Klonovsky, persönlicher Referent von Alexander Gauland, werden Artikel von Schultze-Rhonhof kommentarlos dokumentiert.³¹

25 <https://www.alternative-rlp.de/afd-rheinland-pfalz-geht-mit-12-listenkandidaten-in-die-bundestagswahl>.

26 Wolfgang Benz, Geschichtspolitik der „Neuen Rechten“. Revisionismus contra historische Wahrheit, in: ZFG 62 (2014) 10, S. 785–801, hier S. 796.

27 <https://mwwk.rlp.de/de/service/pressemitteilungen/detail/news/News/detail/staatsminister-konrad-wolf-beruft-kuratoriumsmitglied-der-landeszentrale-fuer-politische-bildung-ab/>.

28 Ebenda.

29 <https://www.keine-stimme-den-nazis.org/archiv-2/11-pressemitteilungen/6961-pm-hamburger-afd-funktionaer-laedt-historiker-der-nazi-szene-ein>.

30 <https://www.afd-thueringen.de/veranstaltungen/generalmajor-a-d-gerd-schultze-rhonhof/>.

31 <https://www.klonovsky.de/2019/09/was-geschah-vor-und-beim-deutschen-angriff-auf-polen-vor-80-jahren/>; vgl. auch Markus Linden, Des Teufels Generäle, in: Neue Zürcher Zeitung, 25. 11. 2019.

In der neurechten Zeitschrift *Sezession* gab sich 2018 deren Stammbautor, der österreichische Publizist Martin Lichtmesz, größte Mühe, Stefan Scheil gegen Angriffe und Kritik zu verteidigen: „Die giftige Diffamierung von Wissenschaftlern wie Scheil, die vor keiner wahrheitswidrigen Verzerrung zurückschreckt“, diene vor allem der „Abwehr der Infragestellung eines über Generationen hinweg aufgebauten, deformierten ‚politischen Bewußtseins‘“ der Bundesrepublik. Dieser „ideologische Überbau“ sehe vor, „daß der Krieg gegen Deutschland in Form einer ständigen Anklage ohne Möglichkeit auf Gegenwehr und Gegenrede“ fortgesetzt werde – eine „Art Nürnberg in Permanenz“. Scheil sei einer der wenigen Historiker, die diesen „Krieg“ beenden wollten. Kritiker der Präventivkriegsthese seien „Kombattanten, die ihn ewig weitergeführt sehen wollen“.³² Mit Bedauern stellt Lichtmesz fest, dass die geschichtspolitische Debatte über die Kriegsschuld mittlerweile in den Hintergrund getreten sei und stattdessen Themen wie „Islamkritik, Genderismus, Flüchtlingspolitik, [...] das von Thilo Sarrazin inaugurierte ‚Deutschland schafft sich ab‘-Genre“ die öffentliche Diskussion bestimmten. Lichtmesz führt das nicht nur darauf zurück, dass der Zweite Weltkrieg in die Ferne gerückt sei, sondern auch auf eine „gewisse Ermüdung“ der Kontrahenten. „Die großen deutschen Unterwerfungsgesten und -rituale der Vergangenheit spielen in der Merkel-Regierung keine allzu große Rolle mehr, während sie deren Sinngehalt gleichzeitig eingefleischt und verinnerlicht hat.“³³ Doch für Lichtmesz ist die Debatte nicht beendet. In einem Beitrag vom 8. Mai 2020 mit dem Titel „Der Film im Jahr 1945“ kommt er auf die Schuldfrage zurück. Es könne „keinen Zweifel daran geben“, dass es sich beim Unternehmen Barbarossa um einen Präventivschlag gehandelt habe, der „einem bevorstehenden Angriff Stalins zuvorkam“.³⁴

Im Februar 2020 rezensierte Stefan Scheil für die *Sezession* das Buch „Fremdbestimmt“ von Thorsten Schulte, der eigenen Angaben zufolge 26 Jahre lang Mitglied der CDU war. Auch wenn Scheil keinen Hehl daraus macht, dass er das Buch aufgrund der platten Aussagen für nicht besonders bedeutend hält, stimmt er mit dem Autor vollkommen überein, dass es sich bei dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion um einen Präventivschlag gehandelt habe: „Warum hat Hitler 1941 die UdSSR angegriffen? Nicht etwa, weil die Rote Armee mit fünfeinhalb Millionen Mann zum Angriff angetreten war. [...] Es dürfe zwischen Deutschen keinen Streit darüber geben, ob das ein Präventivkrieg gewesen sei, läßt er [Schulte] immerhin wissen.“³⁵

32 Martin Lichtmesz, Nationalmasochismus und „Anschluss“, in: *Sezession*, 27. 3. 2018; <https://sezession.de/58343/nationalmasochismus-und-anschluss>.

33 Ebenda.

34 Martin Lichtmesz, Das Jahr 1945 im Film, in: *Sezession*, 8. 5. 2020, <https://sezession.de/62832/das-jahr-1945-im-film-1>.

35 Stefan Scheil, Rezension des Buches „Fremdbestimmt“ von Thorsten Schulte, in: *Sezession*, 1. 2. 2020; <https://sezession.de/62780/thorsten-schulte-fremdbestimmt>.

Für die AfD, aber auch für zahlreiche andere Parteien der europäischen Rechten ist Russland unter Präsident Wladimir Putin zu einem positiven Referenzrahmen geworden. Ein autoritäres Staatsverständnis, Nationalismus, Ablehnung von (vor allem muslimisch geprägter) Zuwanderung und die Orientierung an traditionellen Familien-, Rollen- und Geschlechterbildern sind Gründe für diese Nähe. An zahlreichen Bundestagsanträgen und Reden, aber auch an einer regen Reisetätigkeit hochrangiger AfD-Delegationen nach Russland lässt sich der Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit dem Kreml-Chef ablesen. Alexander Gauland plädiert in diesem Sinne für die „Ausrichtung der Politik auf geostrategische und wirtschaftliche Interessen“, also für eine deutsche Außenpolitik, die dem Prinzip folgt: Gut ist, was Deutschland nutzt. Als historische Referenzen bemüht Gauland u. a. den Rapallo-Vertrag von 1922, der eine Wiederaufnahme der 1918 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland vorsah und die Isolation beider Staaten beenden sollte. Neben einer pragmatischen, von nationalen Interessen diktierten Außenpolitik, die nach Vorstellung der AfD von jeder multilateralen Einbindung Deutschlands befreit werden sollte, knüpft die Partei hier an eine alte Vorstellung der deutschnationalen Rechten an, die das Land niemals als dem Westen zugehörig sah, sondern die Mittlerrolle zwischen Ost und West betonte und eine autonome Großmachtspolitik Deutschlands vertrat.

Auf den Widerspruch zwischen der Affinität der Neuen Rechten zu Russland einerseits und die Verbreitung der Präventivkriegsthese in diesen Kreisen andererseits weist Wladislaw Below hin. Der Leiter des Deutschland-Zentrums bei der Russischen Akademie der Wissenschaften kritisiert, dass sich Putin und der Kreml nicht von den rechtsextremen Kräften in der AfD abgegrenzt haben. Der russischen Führung sei zwar bekannt, dass es Nazis in der AfD gebe und dass die Wehrmachtssoldaten verehrt würden; in Russland fehle es jedoch an öffentlicher Kritik an diesen Strömungen. Die AfD hingegen profitiere von den Delegationsreisen nach Russland. Hier könnten sie ihre außenpolitischen Interessen zur Sprache bringen und genössen die Aufmerksamkeit, die sie in Deutschland nicht erhielten. Die Tageszeitung *Kommersant* weiß in ihrer Ausgabe vom 8. Dezember 2020 anlässlich des russischen Staatsempfangs für die AfD-Delegation am 8./9. 12. 2020 zu berichten, dass Gauland in letzter Minute seine Teilnahme an der Reise abgesagt habe, da er befürchtet habe, die russische Seite würde seine Einstellung zu den „Leistungen“ der deutschen Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg kritisieren. Der russische Außenminister Lawrow habe bedauert, so der Artikel, dass Gauland aus „gesundheitlichen Gründen“ nicht habe mitreisen können. Der Autor des Artikels nennt den Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzenden explizit „Nazi-Höcke“ und erwähnt auch, dass dieser das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet habe. Der russische Außenminister konfrontierte die AfD-Delegation jedoch nicht mit ihrem Geschichtsrevisionismus und anderen Aussagen, die für die russische Seite schwer

zu ertragen sind.³⁶ Während es 2018 noch einigen Widerstand innerhalb der Regierungspartei „Einiges Russland“ gegen die AfD-Kontakte gegeben habe, stehe aktuell die „rechte Achse Berlin–Moskau“ kaum mehr zur Diskussion.³⁷

Die Präventivkriegsthese in Russland zu verbreiten, wäre ein gehöriger Affront gegenüber der russischen Politik und Öffentlichkeit, gilt dort doch der „Große Vaterländische Krieg“ nach wie vor als aufopfernder und zugleich identitätsstiftender Sieg gegen den faschistischen Aggressor. Die Behauptung, die Sowjetunion und damit auch Russland seien nicht Opfer, sondern vor allem Täter in dieser Auseinandersetzung gewesen, würde die Sicht der Putin-Administration auf die AfD nachhaltig beeinflussen. Insofern finden sich diese Thesen zwar vereinzelt in der AfD und ihrem Umfeld, werden aber nicht prominent nach außen vertreten.

Sieht man von einzelnen Äußerungen von Vertretern der Neuen Rechten ab, lässt sich feststellen, dass deren Geschichtspolitik in den letzten Dekaden ihren Schwerpunkt verlagert hat. Ging es in den 1980er- und 1990er-Jahren vor allem darum, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren, so sind rechte Ideologen heute sehr viel stärker darum bemüht, die öffentliche Erinnerung an diese Vergangenheit zugunsten anderer Epochen der deutschen Geschichte in den Hintergrund zu drängen. Im „Zentrum unserer Gedächtnispolitik müssen die hellen, die lichtvollen Seiten der deutschen Geschichte stehen“, so Marc Jongen, Kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion.³⁸ Dass es sich hierbei um keine prinzipielle Abwendung vom Geschichtsrevisionismus handelt, haben die angeführten Beispiele aus der AfD und ihrem Umfeld gezeigt. Wo es opportun und nützlich erscheint, wird er gern zum Einsatz gebracht und verschwindet immer dann hinter der Kulisse, wenn er politischen Zielen im Weg steht. Auch die Präventivkriegsthese befindet sich weiterhin im ideologischen Arsenal der neuen Rechten und kann bei Bedarf reaktiviert werden.

36 Сергей Лавров провел альтернативные переговоры для Германии [Sergej Lawrow führte alternative Gespräche für Deutschland. Russischer Außenminister trifft deutsche Oppositions-abgeordnete], in: Kommersant, 8. 12. 2020; Russischer Impfstoff. AfD-Delegation reist nach Moskau, in: Merkur, 11. 3. 2021.

37 Roland Bathon, Warum Moskau die AfD hofiert, in: Telepolis, 9. 12. 2020.

38 Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 93. Sitzung, 5. 4. 2019, S. 11161; vgl. Gerd Wiegel, „Die lichtvollen Seiten deutscher Geschichte“. Geschichtspolitik der AfD, in: Ludwig Elm/Manfred Weißbecker u. a., Das faschistische Echo der Vergangenheit. Lehren von Weimar für linke Politik heute, Hamburg 2021.